

## *Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Die Blätter an den Bäumen verfärben sich rot und golden, die Sonne steht immer tiefer und die Tage werden kürzer. Wenn auf den Felder das Getreide reift, dann kündigt sich das Ende des Sommers und der Beginn des Herbstes an. Die Natur zeigt uns jedes Jahr, wann sie den Herbst einläutet. Gelegenheit, um auf das Geschaffene zurück zu blicken und darüber nachzudenken was noch nicht ganz erledigt ist, aber vor dem Jahreswechsel unbedingt noch erreicht werden soll.

Für die Interessenvertreter der DPoIG gibt es nach der „politischen Sommerpause“ so manches anzupacken. Da wären beispielsweise die anhaltenden Überlegungen der Regierenden, die Bundeswehr für Polizeiaufgaben einzusetzen oder den immer noch vorhandenen Nachholbedarf bei den Aus- und Fortbildungsstätten der Polizei. Umfangreiche „Geheimabsprachen“ über geplante Sparmaßnahmen zu Lasten des öffentlichen Dienstes wurden plötzlich bekannt und auch wie die Politik die polizeiliche Basis an der in Aussicht gestellten Evaluation zur Polizeireform einbinden will, bedarf der Erörterung. Besonders erfreulich ist, dass im September ein offizieller Termin des Innenministeriums ansteht, bei welchem es um die mögliche Einführung von Distanz-Elektroimpuls Waffen (sog. Taser) geht. Die DPoIG Baden-Württemberg und ihre Nachwuchsorganisation JUNGE POLIZEI hatten es vorgemacht und Anstöße gegeben, über eine Einführung in Baden-Württemberg wenigstens nachzudenken. Ja, die Gesprächsthemen gehen auch im Spätjahr nicht aus. Immerhin thematisch sind sie nicht weniger bunt gefächert, als es die Natur draußen vorlebt. □



## Artikel in dieser Ausgabe

1. Keine Militarisierung der Inneren Sicherheit
2. Fragwürdige Nebenabsprachen der Regierung
3. Neuerungen beim LBV
4. Wegbereiter für ein gutes Miteinander
5. „DPoIG-Spätlese“ in Stuttgart
6. Bayerns Polizei wird Blau

## Impressum

### Redaktion:

Sven Heinz, 72820 Sonnenbühl  
(V. i. S. d. P.)  
E-Mail: sven.heinz@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon: 0711/ 997 947 4-0  
Telefax: 0711/ 997 947 4-20  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen  
sind entsprechend gekennzeichnet

## DPoIG fordert: Keine Militarisierung der Inneren Sicherheit

### Bundeswehreinsatz nur unter Federführung der Polizei und nur in absoluten und kaum vorstellbaren Einzelfällen

Die Ankündigung von Innenminister Thomas Strobl (CDU), dass Baden-Württemberg im Februar 2017 als viertes Bundesland an einer gemeinsamen Anti-Terror-Übung von Bundeswehr und Polizei teilnehmen soll, stieß insbesondere beim Koalitionspartner und in der Opposition auf Kritik. Dabei hatte sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) für eine solche Übung ausgesprochen.

Einige Parlamentarier stellten klar, dass ein solch weitreichender Schritt erst im Koalitionsausschuss diskutiert werden müsse. Erst dann könne entschieden werden, ob und unter welchen Voraussetzungen Baden-Württemberg teilnimmt. Innenminister Strobl betonte, er werde das Thema im Koalitionsausschuss erläutern.

Die Grünen haben verfassungsrechtliche Bedenken, die Bundeswehr mit exekutiven Rechten im Innern auszustatten. Strobl hielt dagegen und argumentierte, die Landespolizei sei sehr gut aufgestellt, aber in bestimmten Situationen müsse sie von der Bundeswehr unterstützt werden. Als Beispiel für eine solche Situation nannte er eine „großflächige, lang andauernde und länderübergreifende Terrorlage mit zeitgleich stattfindenden Terroranschlägen.“

*„Horrorszenarien in der politischen Diskusion führen zu einer unnötigen weiteren Verängstigung der Bevölkerung.“*

Ralf Kusterer, DPoIG

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Baden-Württemberg warnt in diesem frühen Stadium vor allem davor, in der Hitze der politischen Debatte, die Bevölkerung mit unnötig an die Wand gemalten Schreckensszenarien zusätzlich zu verunsichern.

Der Einsatz der Bundeswehr hat Grenzen. DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer rät bei diesem Thema zu etwas mehr Gelassenheit.



Ralf Kusterer  
DPoIG-Landesvorsitzender

Auch wenn für Baden-Württemberg wie Deutschland insgesamt eine Terrorgefahr besteht, sollten nicht noch Horrorszenarien an den Himmel gemalt werden. Das führt zu einer unnötigen weiteren Verängstigung der Bürgerschaft.

Die Bevölkerung erwarte zu Recht eine starke Polizei. Und zwar eine Polizei die in der Lage ist, in Alltagssituationen die Sicherheit optimal zu gewährleisten. Die Deutsche Polizeigewerkschaft sieht hier erheblichen Nachhol- und Fortentwicklungsbedarf. Gerade in den Sommermonaten wurde wieder deutlich wie wir auf dem Zahnfleisch daherkommen, um nur den regulären Dienst zu gewährleisten. Da gibt es deutlich Luft nach oben.

Und natürlich erwartet die Bevölkerung, dass die Polizei auch Terrorgefahren (hier in aller erster Linie präventiv) im Griff hat. Immer neue Anti-Terrorpakete (die für sich allein alle als Reaktion auf einzelne Terroranschläge sinnvoll sein mögen) versetzen die Polizei sicher nicht in die Lage dies zu schaffen. Eine ernsthafte Terrorismusbekämpfung erfordert langfristige Konzeptionen inklusive einem deutlichen Plus an personeller und materieller Ausstattung. Auch wenn man weiß, dass es im Landes-

Fortsetzung auf nachfolgender Seite



Bild: Rheinmetall

Wenn man denn will, kann man auch Einsatzkräfte der Polizei entsprechend ausstatten und schützen: Als ein Beispiel der Survivor R 4x4 in Polizeiausführung

Fortsetzung von vorheriger Seite

haushalt immer wieder an Geld fehlt, bedarf es gerade hier eines kräftigen und engagierten Griffs in die Haushaltskasse. Und zwar schnell.

Dabei ist sich die Deutsche Polizeigewerkschaft darüber bewusst, dass dies Investitionen in eine Schublade sein könnten, die wir hoffentlich nie herausziehen müssen. Aber wenn sie gezogen werden muss, dann muss sie beim Öffnen überquellen mit Möglichkeiten und Mitteln, um Gefahren für die Bürger wirksam abzuwehren, Terroristen an weiteren Taten zu hindern und dingfest zu machen.

Kusterer rät auch zu einer etwas näheren und ruhigen Betrachtung der tatsächlichen Möglichkeiten der Bundeswehr. Seit Jahrzehnten habe sich die Bundeswehr aus Baden-Württemberg zurückgezogen. Die Fragen wie und wie schnell überhaupt die Bundeswehr die Polizei unterstützen kann, sind berechtigt.

Die bestehenden Regelungen im Grundgesetz sowie des Luftsicherheitsgesetzes ermöglichen es, bei Katastrophen und im Falle terroristischer Angriffe die Bundeswehr zur Unterstützung der Polizei heran zu holen. Es darf aber keine „Militarisierung“ der Inneren Sicherheit in Deutschland geben. Innere und äußere Sicherheit sind unter spezifischen Anforderungen, auf unterschiedliche Art und Weise, durch die jeweils dazu berufenen (und entsprechend ausgebildeten sowie ausgerüsteten) Kräfte zu gewährleisten. So steht es im Gesetz.

Natürlich bringt die Gefahrenlage, nicht zuletzt durch die permanente Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die Polizei seit geraumer Zeit an die Grenzen ihrer personellen Ressourcen. **Ein Bundeswehreininsatz im Innern ist aber nunmal keine Lösung des bestehenden Personal- und Ausstattungsmangels bei der Polizei!**

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Beschluss vom 3. Juli 2012 zwar den Einsatz militärischer Mittel im Kampf gegen terroristische

Angriffe im Luftraum gebilligt, gleichzeitig aber klare Grenzen aufgezeigt. Der Einsatz spezifisch militärischer Abwehrmittel darf nur letztes Mittel sein. Die DPoIG sieht darin einen klaren hoheitlichen Auftrag an die Polizei. Verbunden mit einem Auftrag an die Politik, die Funktionsfähigkeit der Polizei durch weiteres Personal und durch eine angepasste Ausstattung zu stärken.

Das Bundesverfassungsgericht schloss damals mit seinem Urteil eine Regelungslücke, die den spezifischen Fähigkeiten des Militärs im Falle terroristischer Angriffe im Luftraum geschuldet war. Die konkrete Rede war von Bedrohungen, die von entführten Passagierflugzeugen ausgehen. Es war und ist nunmal Tatsache, dass die Polizei keine Möglichkeiten hat, gegen solche Attacken aus dem Luftraum vorzugehen. Deshalb kann

und wird für diesen Fall der Einsatz der Bundeswehr die letzte Alternative sein. Das Urteil schätzt also die unterschiedlichen Fähigkeiten von Polizei und Bundeswehr realistisch ein und orientiert sich allein an der Frage, was für die Menschen in einer solchen Ausnahmesituation notwendigerweise zu tun ist. Das ist ausnahmsweise keine stupide „Rechtstheorie“, sondern echter „Realitätssinn“ der Justiz.

Wir sagen, die von Politikern gern genommene „katastrophale Ausnahmesituation“ darf (Anm.: von der Politik) gar nicht erst fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführt werden!

Aus dem Richterspruch ist eine wünschenswerte realistische Betrachtung der verschiedenen Fähigkeiten und Trennung der Aufgaben von Polizei und Bundeswehr abzuleiten.

**Blaulichtparty**  
- die Party für alle rund ums Blaulicht -  
29. Sept. 2016 ab 20 Uhr

**CLUB STADTMITTE**  
BAUMEISTERSTR. 3, KARLSRUHE

**EINTRITT: 5€**  
ALS MINDESTSPENDENBEITRAG

**JUNGE POLIZEI**  
**STADT MITTE**  
**Debeke**  
**BWPOST<sup>+</sup> BB** Bank

**DPoIG Service GmbH**

## Fragwürdige „Nebenabsprachen“ der Regierungskoalition

### Nur wenige MdL waren in neueste Sparpläne eingeweiht.

Kurz vor der „politischen Sommerpause“ war im Juli gerüchteweise bekannt geworden, dass die führenden Köpfe der Landesregierung verbindliche Nebenabsprachen zum grün-schwarzen Koalitionsvertrag getroffen haben, ohne die beiden Landtagsfraktionen von GRÜNE und CDU vorher daran zu beteiligen. Der Druck auf die Verantwortlichen erhöhte sich und Mitte August entschieden die Regierungsparteien, die bereits unterzeichneten Papiere online zu stellen und in die Offensive zu gehen.

Der Ministerpräsident und sein Stellvertreter verteidigten die im kleinen Kreis durchgeführten Abstimmungsgespräche. Natürlich gebe es Nebenabsprachen zu Einsparinstrumenten, bestätigte Ministerpräsident Kretschmann im August in einer wöchentlichen Regierungspressekonferenz. Das Pikante an der Sache: Bis zu diesem Zeitpunkt kannte ein Großteil der Abgeordneten beider Regierungsfractionen im Landtag die neuesten Sparvereinbarungen nicht. Unterzeichnet waren die weitgreifenden Nebenvereinbarungen da schon längst von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und seinem Stellvertreter, Innenminister Thomas Strobl.

Das Bekanntwerden der (mittlerweile zweiten) Nebenabsprachen-Liste hat der grün-schwarzen Landesregierung schon vor der politischen Debatte heftige Kritik beschert... intern wie extern. In der letzten Augustwoche waren die Ausgaben der baden-württembergischen Tagespresse voll mit Schlagzeilen wie „Häuslebauer und Beamte sollen zahlen“, „Die Sparliste“, „Mauschelpartei“, „Geheime Sparpläne: Grün-Schwarz gerät unter Druck“, „Absprachen bringen Grün-Schwarz in Not“ oder „Kretschmanns Entzauberung“.



Alle Jahre wieder? Neue Steuererhöhungen und weitere Sparmaßnahmen zu Lasten des öffentlichen Dienstes sollen für einen ausgeglichenen Landeshaushalt sorgen

Der Landesvorsitzende des baden-württembergischen Beamtenbundes (BBW), Volker Stich sprach in einer Presseerklärung gar „von einer Missachtung des Parlaments und dies nicht nur durch die CDU, sondern auch durch den grünen Koalitionspartner, der sich bislang immer Transparenz auf die Fahnen geschrieben habe.“

Für den BBW-Vorsitzenden steht fest, dass die Angelegenheit parlamentarisch aufgearbeitet werden muss und er hofft, dass die Mitglieder der Regierungsfractionen Richtungsentscheidungen über ihre Köpfe hinweg nicht stillschweigend hinnehmen werden. Beide Regierungsparteien geben sich offen und zu Gesprächen mit den großen Interessenverbänden bereit. Vermutlich deshalb reagierte der dialogoffene Beamtenbund bislang recht gelassen auf die neuesten Sparvorhaben zu Lasten des öffentlichen Dienstes und rechnet fest mit einer vorherigen Beteiligung sowie erfolgreichen Interventionsmöglichkeit der Interessenvertreter.



Verfolgt die jüngst bekanntgewordenen Sparvorhaben der politischen Akteure mit großer Aufmerksamkeit und Sorge:

Sven Heinz, Mitglied der DPoIG-Landesleitung

Kurz nach Bekanntwerden der Planungen stand fest, dass das Land mit 380 Millionen Euro zusätzlichen Steuereinnahmen rechnen kann. Vor diesem Hintergrund wären die Regierenden einerseits schlecht beraten, an den Personalstellen, dem Gehalt, der Besoldung und der Versorgung der Basis der öffentlichen Verwaltung zu sparen, nachdem sie (selbst) beim Spitzenpersonal des Landes ordentlich zugelegt haben. Allerdings haben

Fortsetzung auf nachfolgender Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

es die getroffenen Nebenabsprachen faustdick in sich und beinhalten ganz andere rechnerische Summen, welche allein durch das jetzige und vielleicht einmalige Steuerplus nie in die Landeskasse gespült werden können.

Für einen ersten Überblick haben wir die weitreichendsten Sparvorhaben in der Kasteninformation (rechts) abgebildet. □



### Was die Nebenabsprachen so beinhalten ...

- Eine **Anhebung der Grunderwerbssteuer** auf satte 6,5% katapultiert Baden-Württemberg weit in Richtung Spitze aller Bundesländer. Das Nachbarland Bayern erhebt von „Häuslesbauern“ gerade mal 3,5% Steuern. 300 Millionen Euro Mehreinnahmen eröffnet sich die Regierung dadurch (bei weiterhin gleichbleibend hohem Grundwerb).
- Ganze 500 Millionen Euro Ersparnis sollen sich durch beabsichtigte **Einsparungen in den Endämtern der Landesbeamten** ergeben. Gute Karriereperspektiven sehen anders aus.
- Der allgemeinen Einkommensentwicklung geschuldete und damit dringend benötigte **Tarifierhöhungen will das Land auch künftig nur zeitverzögert umsetzen** und damit ordentlich zu Lasten der Bediensteten sparen.
- An den von der Vorgängerregierung beschlossenen **Einsparungen bei den Personalausgaben** soll festgehalten werden. Satte 200 Millionen Euro sollen dadurch gespart werden. Dabei versprach zumindest die CDU vor der Wahl noch, die abgesenkte Eingangsbesoldung für neugestellte Beamte zurückzunehmen.
- Eine „moderate“ **Absenkung des Versorgungsniveaus** soll den Landeshaushalt um bis zu 100 Millionen Euro entlasten. Um das Stopfen der entstehenden Versorgungslücken müssen sich die Staatsdiener kümmern.
- Keine Resorts werden ausgenommen, was den **Abbau von 5.000 (!) Stellen des Öffentlichen Dienstes** betrifft. Mehrbelastung für die im Dienst Verbleibenden inklusive.
- Durch die **Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos** erhoffen sich die Strategen rund 250 Millionen Euro Einsparungen.
- Auch die **Städte und Kommunen werden zur Kasse gebeten** und dürfen mit höheren Umlagen und Beiträgen zugunsten des Landeshaushalts rechnen. Bis zu 300 Millionen Euro sollen dadurch reinkommen.

## Neuerungen beim LBV

### Neue Internetadresse und Newsletter „eXtrablatt“

Die Präsidentin des Landesamtes für Besoldung und Versorgung (LBV), Lessli Eismann, hat der DPoIG BW wichtige Neuerungen beim LBV mitgeteilt.

Seit Kurzem hat das LBV einen neuen Internetauftritt. Die neue Internetadresse lautet: <https://lbv.landbw.de> Gleichzeitig wird vom Landesamt auch ein Newsletter mit dem Namen „eXtrablatt“ aufgelegt. Mehrmals jährlich wird das Landesamt interessante und wissenswerte Informationen darüber veröffentlichen. Dieses eXtrablatt kann von Nutzern des Kundenportals ganz einfach im Menü „Einstellungen/Ihre Kontakte/eXtrablatt“ abonniert werden.

Es werden auch Interessenten in den Verteiler aufgenommen, welche die Vorteile des Kundenportals nicht nutzen können. Eine einfache E-Mail an [internet-poststelle@lbv.bwl.de](mailto:internet-poststelle@lbv.bwl.de) genügt als Anmeldung und das eXtrablatt



Berndt Wittmeier  
Landesseniorenbeauftragter DPoIG Baden-Württemberg

kommt auch ohne Zugriff aufs Kundenportal elektronisch nach Hause.

Wir von der DPoIG-Seniorenvertretung haben uns die neue Homepage angeschaut und finden, sie ist sehr bedienerfreundlich aufgebaut und hervorragend gegliedert. Viele Fragen werden mit wenigen Klicks beantwortet. Unter „Fachliche Themen“ befindet sich ein alphabetisch geordnetes

Inhaltsverzeichnis, gegliedert nach Beamte – Arbeitnehmer – Auszubildende – Kindergeld – Witwe/Witwer/Hinterbliebene/Lebenspartner – Waisen – Dienstreisemanagement.

Auch die Beihilfeverordnung, die Heilfürsorgeverordnung, Informationen zu Versorgungsauskünften, sowie auch Gehaltstabellen für alle Beschäftigte sind auf der neu gestalteten Homepage gut zu finden. □

#### Weitergehende Informationen

Berndt Wittmeier  
DPoIG-Landesseniorenbeauftragter  
[berndt.wittmeier@dpolg-bw.de](mailto:berndt.wittmeier@dpolg-bw.de)

Neue LBV Homepage  
<https://lbv.landbw.de>

Newsletter-Anmeldung  
[internet-poststelle@lbv.bwl.de](mailto:internet-poststelle@lbv.bwl.de)

## Wegbereiter für ein gutes Miteinander Im Gespräch mit dem Landesvorsitzenden der Grünen

Zu einem ersten Gedankenaustausch und Auftaktgespräch für die zukünftige Zusammenarbeit trafen sich der DPoIG-Landesvorsitzende, Ralf Kusterer, und sein Stellvertreter Jürgen Engel, mit dem Landesvorsitzenden Oliver Hildenbrand auf der Landesgeschäftsstelle der Grünen.

Im Anschluss an das Gespräch bewertete Kusterer dieses als äußerst positiv und zielführend. Kusterer wörtlich: "Das Gespräch gehört in punkto Atmosphäre und persönlicher Basis zu den besten die ich je mit Vertretern der Grünen hatte. Herr Hildenbrand ist ein durchaus angenehmer Gesprächspartner, der über ein gutes Hintergrundwissen verfügt, sich zukunftsorientiert zeigt und vor allen Dingen sich nicht nur dialogbereit zeigt, sondern dies auch ist. Uns beiden ist es ein Anliegen gegenseitige Positionen auszutauschen und diese in den Meinungsbildungsprozess mit einzubeziehen. Mir ist es wichtig mit allen demokratischen Parteien den Dialog zu pflegen. Mit Blick auf die Grünen ist dies der erste erfolgsversprechende Ansatz seit Jahren."



Zum Sechs-Augen-Gespräch auf der Landesgeschäftsstelle der Grünen: Jürgen Engel, Oliver Hildenbrand, Ralf Kusterer (von links), Bild: Grüne

Wenn es uns gelingt auch nur etwas aus dem Gespräch mit der Partei in die Fraktion hineinzutragen, sind wir trotz unterschiedlicher Auffassungen zu einzelnen sicherheitspolitischen Themen auf einem guten politischen Diskurs."

In dem mehr als einstündigen Gespräch streiften die Gesprächsteilnehmer Themen quer durch die Innenpolitik. Vereinbart wurden weitere regelmäßige Gespräche und der direkte und schnelle Draht bei innenpolitischen Themen. □

### KURZ BERICHTET: HALLO? IST DA DER POLIZEI-NOTRUF? ...

In Berlin rief ein 12-jähriger Junge bei der Polizei an und bat um die Verlegung in eine Pflegefamilie. Der Grund: Er hatte von seinen wahren Eltern die Strafaufgabe erhalten, den Satz „Ich darf zuhause nicht Ball spielen“ diverse Male zu schreiben. Als die Polizei eintraf, schrieb dessen Bruder ebenfalls an einer Strafaufgabe mit dem Arbeitstitel "Ich soll nach dem Mittagessen Zähne putzen".

„Hallo Polizei, ich will mich neu verlieben!“ Eine betrunkene Frau aus Schwelm (NRW) wählte 13 Mal den Notruf, um ihr Herzensanliegen vorzutragen. Schließlich fuhren die Beamten zu ihr. Die Einladung zu Kaffee und Kuchen schlugen sie aus, stattdessen nahmen sie der Frau den Handyakku ab.

Eine ältere Dame in London versuchte, streitende Hunde zu vertreiben, indem sie ihnen ein Glas Wasser hinterher schüttete. Leider vergaß sie, ihr Gebiss aus dem Wasserglas zu nehmen. Daraufhin rief sie die Polizei und bat darum, ihr bei der Suche nach dem verlorenen Beissinstrument behilflich zu sein.



Gegen 2 Uhr nachts alarmierte eine 32-Jährige aus Bad Berleburg (NRW) die Polizei: Ihr Partner schlafe mit Socken und Hosen. Die Beamten wiesen die Frau darauf hin, dass bei ihren Problemen selbst die Polizei nicht helfen könne.

In München rief ein Fünfjähriger bei der Polizei an, um einen Brand in seinem Kindergarten zu melden. Als die Polizei eintraf, war alles in bester Ordnung. Im Kindergarten war kurz zuvor das Thema Notruf behandelt worden - der Kleine wollte wohl einen Praxistest machen. Ganz zur Überraschung seiner Erzieherinnen.

Quellen: derwesten.de, radiohamburg.de

## „DPoIG-Spätlese“ in Stuttgart Interessenvertretung auf zwanglosem Boden

Nach vielen politischen und formellen Gesprächen suchte die DPoIG Landesleitung nach einem neuen Format in dem sich Politik, Polizei, Presse und Polizeigewerkschaft angemessen und doch zwanglos begegnen können. Wert wurde auf eine ansprechende Umgebung gelegt, bei der man sich gut unterhalten kann. Fündig wurde man auf dem Stuttgarter Weindorf. Hier in der angenehmen ungezwungenen Atmosphäre in der der Laube des Stadtbesens sollten Vertreter der Landesleitung mit den Hauptgesprächspartnern aus Politik, Polizei und Medien gut ins Gespräch kommen können.

Im September zog der geschäftsführende Landesvorstand der DPoIG Baden-Württemberg eine positive Bilanz aus der Veranstaltung: Vertreter aus den für die Polizei wichtigsten Ministerien, dem Justizministerium und dem Innenministerium, waren anwesend. Neben Justizminister Guido Wolf (MdB), waren Vertreter aus nahezu allen etablierten Parteien zugegen. Darunter waren CDU-Polizeisprecher Siegfried Lorek (MdB), dessen Amtskollege der SPD Sascha Binder (MdB) sowie der Landesvorsitzende der Grünen Oliver Hildenbrand. Innenminister Thomas Strobl war wegen eines Auslandsaufenthalts leider verhindert. Der Amtschef des Innenministeriums und Vertreter des Ministers, Julian Würtenberger, war anwesend. Stellvertretend für die Gäste der Polizeiführung sei Leitender Ministerialrat und stellvertretender Landespolizeipräsident Dietrich Moser von Filseck erwähnt. Michael Schwarz folgte der Einladung als Mitglied der Landespressekonferenz und Redakteur des Staatsanzeigers.

In einem Punkt waren sich die Vertreter der DPoIG und die rund dreißig Gäste besonders einig: Die zwanglose Atmosphäre des Weindorfes bot die perfekte Kulisse, um nach der politischen Sommerpause den einen oder anderen Gesprächsfaden wieder aufzunehmen oder sich außerhalb der politischen Bühne persönlich besser kennenzulernen. □



Im Vordergrund (von links): Justizminister Guido Wolf (CDU), Ralf Kusterer (DPoIG)



(von links): Jürgen Engel (DPoIG), MdB Siegfried Lorek (CDU-Polizeisprecher), Oliver Aurus (DPoIG)



(von links): Ralf Kusterer (DPoIG), MdB Sascha Binder (SPD-Polizeisprecher), Malin Melbeck (SPD)



(von links): Oliver Hildenbrandt (Grüne), Ralf Kusterer (DPoIG)

## Bayerns Polizei wird blau

### Auch die Kollegen in Baden-Württembergs Nachbarland erhalten neue Uniformen.

**Bayerns Innenminister Joachim Herrmann nimmt im September die ersten Polizeifahrzeuge in neuer Farbgebung in Empfang: Blaues Streifendesign und neue neongelbe Warnbeklebung. Was bleibt, ist der weißblaue Propeller im Typenschild.**

Eine Ära bei der Bayerischen Polizei geht zu Ende: Das grüne Streifenwagensdesign gehört bald der Vergangenheit an. Neue uniformierte Streifenwagen werden auch in Bayern ab sofort ausschließlich in einem neuen blauen Design ausgeliefert. Dazu kommt zusätzlich die neue neongelbe Warnbeklebung, die auch in Baden-Württemberg bereits Standard ist.

Die Umstellung im Fahrzeugdesign geht mit der Umstellung der Uniformen einher. Ab Ende 2016 führt auch Bayern eine neue blaue Uniform ein.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann nimmt am 15. September 2016 in der Münchener BMW-Welt die ersten fünf neuen uniformierten Polizeieinsatzfahrzeuge stellvertretend für die Landespolizei in Empfang. Bayerns Polizei setzt auf eine bunte Vielfalt und wird Fahrzeuge der Modelle der 2er-, 3er- und 5er-Reihe ebenso in Einsatz bringen, wie Modelle der Baureihen X1 und X3.

Die hochmodernen Streifenfahrzeuge sollen zunächst an die Polizeipräsidenten München, Oberbayern Süd, Oberpfalz, Schwaben Nord und Schwaben Süd/West gehen. Aber auch die anderen Polizeipräsidenten sollen laut dem Staatsministerium in München in Bälde neue Fahrzeuge erhalten.

Quelle: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

#### Weitere Informationen:

Rund um die BMW-Welt mit Museum [www.bmw-welt.com](http://www.bmw-welt.com)

Pressemitteilungen des Staatsministerium Bayern <http://bit.ly/2cfJRqH>



Dürfen Grün bleiben: Bayerns Loden und Hüte



Bild: Pixabay

Schon bald ein Relikt aus vergangenen Zeiten: Ein silbergrüner Streifenwagen des Polizeipräsidentium Schwaben Süd/West biegt um die Ecke.